

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1917

11.10.1917 (No. 277)

Die VI. Badische Krieger-Geldlotterie, 3. Ziehung betr.

Dem Badischen Militärvereinsverband wurde die Erlaubnis zur Veranstaltung einer Lotterie unter der Bezeichnung VI. Badische Krieger-Geldlotterie, 3. Ziehung, bei der 3264 Geldgewinne und eine Prämie im Gesamtwert von 37 000 Mark ausgepielt und 100 000 Lose, das Stück zu 1 Mark, ausgegeben werden, erteilt.

Karlsruhe, den 6. Oktober 1917.

Groß. Ministerium des Innern.
Der Ministerialdirektor:
S. V. Flad. Dr. Dittler.

Nicht-Amtlicher Teil.

Karlsruhe, 10. Oktober.

* Vom Tage.

Die gestrige Reichstagsitzung hat zu einer Klärung geführt, die jeder deutsche Mann mit dem Gefühl der Befreiung begrüßen wird. Die Debatten am letzten Samstag hatten Formen angenommen, die wegen der Wirkung nach außen hin tief zu beklagen sind. Man mußte geradezu den Eindruck gewinnen, als ob ein Teil der Abgeordneten überhaupt nicht mehr geneigt war, besonnen und ruhig zu verhandeln, sondern daß es ihnen lediglich darauf ankam, ihrer Nervosität in recht viel Zwischenrufen und in recht viel Lärmen Luft zu machen. So konnte es kommen, daß die Darlegungen der Regierungsdirektoren zum Teil gar nicht recht verstanden, zum Teil ganz falsch aufgefaßt wurden. Die Sitzungen im Hauptsaal und im Plenum, die zu Beginn der Woche stattfanden, haben deutlich erkennen lassen, daß es eine übertriebene Erregung, eine gewisse Gereiztheit war, welche das betäubende Schauspiel vom Samstag verschuldete.

Wir sind davon überzeugt, daß die gesund empfindenden Schichten unseres Volkes jene Erregung einzelner Abgeordneter nicht verstehen. Diesen Schichten — und sie bilden gottlob die erdrückende Mehrheit — schwebt nur das eine, große und heilige Ziel vor Augen: den Feind zu schlagen und ihn so zu treffen, daß er endlich von seinen Raubgefühlen geheilt wird, und sich gezwungen sieht, den Frieden zu suchen. Wir sollten aber doch alle endlich eingesehen haben, daß nicht Reden und Politisieren zu diesem Ziele führt, sondern nur die Macht der Tatsachen. Wer verkörpert aber am besten diese Macht? In erster Linie doch unser Heer und alle die, die für die Starkehaltung des Heeres arbeiten. So lange dem aber so ist, so lange noch allein die Macht der Tatsachen, die Schärfe des Schwertes zu sprechen hat, ist es sinnlos und gefährlich, der Parteipolitik oder der sich in Reden gefallenden Nervosität Tür und Tor zu öffnen. Viele unter uns sind sich offenbar des Ernstes der Lage nicht mehr bewußt; sie täuschen sich mit billigen Gefühlen über diesen Ernst hinweg, indem sie wähnen, der Feind sei von denselben schönen Veröhnungsgefühlen erfüllt, wie sie selbst, und indem sie glauben, man müsse dem Feind nur alles hübsch zu Gefallen tun, dann werde er sich schon zu einem für uns günstigen Frieden bereit erklären. Es ist das alte gefühlvolle Wolkenkuckuckheim, das in diesen Köpfen spukt, und das sie unfähig macht zur Erfassung der nüchternen Wahrheit.

So hat ein Teil der Abgeordneten die Wahrheit nicht begreifen können, daß in einem Heere von vielen Millionen auch hier und da Fehler und Mißgriffe vorkommen können. Und nur zu gern sind sie geneigt, in ihrem durch Nervosität genährten Pessimismus Einzelvorkommnisse zu verallgemeinern und das Ende der Welt zu prophezeien. Wenn dann aber ein besonnener Kopf, der die Dinge besser überblickt, als sie, die Vorkommnisse ins rechte Licht rückt und ihrem unbegründeten Pessimismus den wahrlich gut genug begründeten Glauben an die Tüchtigkeit und Zuverlässigkeit des Ganzen entgegensetzt, dann sind sie betroffen und erzürnt und möchten am liebsten Kind und Bad zugleich umschütten. Wie gesagt: unser Volk hat dafür kein Verständnis. Es weiß, daß Großes vollbracht wurde, und daß diejenigen, die es vollbracht haben, den Anspruch auf Vertrauen besitzen, daß es jetzt nur eine vaterländische Pflicht gibt: mit stillem Mund, heißem Herzen und starkem Arm auszubarren, um dem Feind in dieser entscheidenden Stunde die Einsicht von der deutschen Unbesiegbarkeit beizubringen.

Dazu bedarf es aber keiner Reden und seien sie noch so schön vorgetragen und noch so fein durchdacht und noch so geistvoll-satirisch zugespitzt. Bisher haben wir das Reden mehr den andern, den Feinden, überlassen und haben die Tatsachen für uns sprechen lassen. Und sind gut gefahren dabei. Denn was sagen uns diese Tatsachen? Sagen sie uns, daß es schlecht mit uns steht? Sagen sie uns, daß wir etwa verzweifeln müßten? O, nein! Sie sagen uns, daß die militärische Lage nie besser war, als heute, daß die U-Boote mit täglich sich steigender Wirkung ihre verheerende Arbeit verrichten, daß unsere Ernährung gesichert ist, daß ein genialer, kluger und gerechter Feldherr an der Spitze der ganzen Armee steht, daß sein Name allein uns den Sieg verhilft. Andere Tatsachen aber, die vor drüben vom Feinde kommen, sagen uns, daß es dort mit der Widerstandskraft zu Ende geht, und daß es die Verzweiflung und der Trotz oder die Verblendung ist, welche allein noch den Willen zur Fortsetzung des Krieges, den Wutsch nach Raub und Eroberung aufrecht erhalten. Woran könnte es aber diese verzweifelte Torheit und Verblendung des Feindes besser klammern, als an das so gern geglaubte Märchen von unserer Uneinigkeit? Und sollte sie in den Reichstagsverhandlungen der letzten Tage nicht Stoff genug finden, um dieses Märchen zu beleben?

Nun, gottlob ist die Krise überwunden. Die Einsicht der erdrückenden Mehrheit der Abgeordneten, daß es so nicht weiter geht, begegnete sich mit der staatsmännlichen Klugheit und Zielbewußtheit des Kanzlers und des Staatssekretärs des Außern, und so wurde der sozialdemokratische Antrag, der Reichstag wolle erklären, daß er mit der Beantwortung der bekannten Interpellationen nicht einverstanden sei, abgelehnt. Die Rede des Kanzlers und des Staatssekretärs von Kühlmann haben im Reichstag jene Atmosphäre wieder hergestellt, die allein möglich ist, wenn er dem Ernst der Lage, dem Ernst des Krieges genügen will. Der Kanzler hat die Notwendigkeit und Möglichkeit der von der Obersten Heeresleitung in die Wege geleiteten Aufklärungsarbeit im Meer mit überzeugenden Worten, vor allem auch durch Verlesung der völlig einwandfreien Zeitfähe, nachgewiesen. Andererseits hat er sich in Übereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung entschieden

Unsere ganze Zukunft

wird in dieser Gegenwart erobert. Um Großes geht's, um alles! Und wenn Du den letzten Groschen dem Vaterlande leihst, armseelig und klein bleib's immer noch gegenüber dem, was draußen im Feld jeder einzelne leistet.

Also

fort mit törichter Aengstlichkeit, fort mit „Wenn“ und „Aber“, fort mit Klagen und Zaudern!

Rede nicht! Frage nicht! Zeichen!

dagegen ausgesprochen, daß die Aufklärung zu politischer Agitation mißbraucht wird, und er hat erklärt, daß solcher Mißbrauch, wo er vorkommen sollte, nicht gebuldet wird. Wie notwendig die Aufklärung ist, bewies die vom Staatssekretär des Reichsmarineamts vorgebrachte Tatsache, daß einzelne verheerete Matrosen im Bereich der Flotte zur Gehorsamsverweigerung aufzumiegeln veruchten. Die harte Strafe, die sie erlitten, ist natürlich vollkommen gerechtfertigt. Aber die, die in einem höheren Sinne für diese Tat verbrecherischer Verirrung verantwortlich zu machen sind, sitzen wo anders, zum Teil auch auf den Bänken des Reichstages und zwar da, wo die Gruppe der unabhängigen Sozialdemokraten zu finden ist. Der Kanzler hat dieser Gruppe noch ausdrücklich bescheinigt, daß ihre Politik den Bestand des Reiches gefährdet.

Die Rede des Kanzlers erstreckte sich auch aufs Gebiet der auswärtigen Politik. Nochmals betonte er, daß wir auf der Grundlage der Friedensresolution vom 19. Juli den Frieden erreichen wollen, einen Frieden weitester wirtschaftlicher und kultureller Entwicklung, einen Frieden der Kraft. Und er läßt sich im Rahmen dieser Friedensresolution, wie der Kanzler mit Recht hervorhob, durchaus erreichen. „So lange jedoch unsere Gegner Forderungen aufstellen, die für jeden Deutschen unannehmbar sind, so lange sie an den schwarz-weißen Grenzpfählen rütteln wollen, so lange sie zwischen das deutsche Volk und seinen Kaiser einen Keil zu treiben versuchen, so lange müssen wir die Friedenshand zurückhalten, so lange müssen wir warten. Und wir können warten!“ Diesen mannhafte Worten wollen wir folgen und sie als den Auftakt zu einer neuen Epoche begrüßen, in der der Feind mit Taten, nicht mit Worten zur Reize gebracht wird.

Ergänzt wurde die Rede des Kanzlers durch die außerordentlich gehaltvollen Ausführungen des Staatssekretärs von Kühlmann. Er enthielt vor dem Saule, wie vor der ganzen Welt die Tatsache, daß England sich Frankreich gegenüber verpflichtet habe, mit seiner ganzen Kraft für die Rückgabe Elsaß-Lothringens einzutreten. Auf die Frage, ob Deutschland in dieser Hinsicht irgendwelche Zugeständnisse machen kann, gibt es, wie Herr von Kühlmann unter dem stürmischen Beifall der überwältigenden Mehrheit des Hauses erklärte, nur eine Antwort: „Nein, niemals!“ Als erfreuliches Symptom aus der Debatte buchen wir noch die Worte des Zentrumsgesandten Schrenk, eine neue Friedensfundgebung, ein neues

Friedensangebot der Reichsregierung dürfe nicht erfolgen. Das heißt, daß die unfruchtbaren Unterhaltungen über den Frieden einstweilen verstummen, oder nur sehr akademischen, hoffentlich ganz nüchternen Erörterungen Platz machen werden. Wenn das wirklich das Ergebnis dieser aufregenden Tage wäre, dann hätten wir Veranlassung, dieses Ergebnis freudig zu begrüßen! A.

Der Krieg zur See.

B.T.B. Berlin, 10. Okt. (Amtlich.) Im Armeekanal wurden durch einen unserer U-Boote neuerdings vier tief beladene Dampfer versenkt, die alle bewaffnet waren.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Zweiter Tagesbericht vom 9. Oktober

B.T.B. Berlin, 9. Okt., abends. (Amtlich.) In Flandern entwickelte sich aus den Frühkämpfen eine neue Schlacht, die zwischen Draaibanc, nordöstlich von Dixhoote und Ghelvelt (18 Kilometer) noch dauert. Trotz mehrfachen Ansturms beschränkte sich der Geländegewinn des Feindes nach eingehenden Meldungen auf einen schmalen Streifen zwischen Draaibanc und Poelcapelle. Im übrigen wurden die Angriffe abgeschlagen.

Sonst nichts von Bedeutung.

Italienischer Kriegsschauplatz.

B.T.B. Wien, 9. Okt. (Amtlich) wird verlautbart: Östlicher Kriegsschauplatz.

Bei Kal auf der Hooffläche von Dainizza-Heiligegeiß wurde gestern früh ein italienischer Angriff unter starken Feindverlusten abgeschlagen. 120 Gefangene und 7 Maschinengewehre blieben in unserer Hand. Bei Kostanjewica brachte ein erfolgreiches Unternehmen 100 Gefangene ein.

Albanien.

Östlich von Valona wurde ein italienischer Übergangsversuch über die Bojusa vereitelt.

Der Chef des Generalstabes.

Der Krieg und die Heimat.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 9. Okt. Am Bundesratssitz: von Waldow, von Capelle, Dr. Helfferich, Staatssekretär Dreiss, von Kühlmann, Präsident Dr. Kämpf eröffnet die Sitzung um 10.20 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen zunächst folgende Anträge.

Abg. Albrecht (U. Soz.) fragt nach Freilassung überflüssiger Militärhandwerker.

General von Oven: Nach Fertigstellung von Kriegsuniformen wurde die allmähliche Entlassung dieser Personen angeordnet. Später würden sie wieder notwendig. Augenblicklich werden sie voll und ganz gebraucht. Darüber hinaus werden Halb- und Zivilarbeiter beschäftigt. Friedensuniformen werden jetzt nicht angefertigt.

Abg. Walthein (F. Wp.) verlangt Maßnahmen zur Befreiung der in Labora völlerrechtswidrig gefangen zurückgehaltenen Frauen und Kinder.

Ministerialdirektor Dr. Krieger: Die Regierung hat unverzüglich Maßnahmen ergriffen und Gegenmaßnahmen angeordnet. Die belgische Regierung gab nicht nach, worauf Sühne eintrat. Jetzt schweben erneut Verhandlungen.

Abg. Lic. Mumm (D. Fr.) fragt nach der Verwendung von Zucker für die Weinproduktion und eine bessere Verteilung von Zucker an die Bevölkerung.

Unterstaatssekretär von Braun: Nur die absolut notwendige Menge von Zucker wird für die Produktion zur Verfügung gestellt.

Abg. Dittmann (U. Soz.) wünscht Auskunft über eine Reihe von Mellemationen in Stahlwerksbetrieben.

Generalmajor Marquardt: Ermittlungen werden angestellt, gegebenenfalls Abstellungen getroffen werden.

Die Besprechung der Interpellation über die Agitation zugunsten der Vaterlandspartei wird fortgesetzt.

Abg. Dittmann (U. Soz.): Unsere Haltung in dieser Frage ist durch nichts geändert worden. Im Gegenteil, die systematisch organisierte Propaganda gegen den Verständigungsfrieden soll im Heere weiter betrieben werden. (Der Reichskanzler tritt den Saal.) Der erste Eindruck der Reden vom Sonnabend bleibt haften. In den Augen des Auslandes trägt die gestrige Rede des Reichskanzlers den Stempel der Falschheit. (Präsident Dr. Kämpf ruft den Redner zur Ordnung.) Im Inland werden zweifellos Empfindungen ausgelöst durch die Reden, die zweifellos das Vertrauen zur Aufrichtigkeit der Politik des Reichskanzlers nicht stärken werden. Das Volk verlangt aber: „Gute Rede sei ja ja nein! Was darüber ist, ist vom Übel!“ Sie predigt einen Verständigungsfrieden, tritt aber für einen Eroberungsfrieden ein. (Präsident Dr. Kämpf ruft den Redner zur Ordnung.) Nicht untergeordnete Stellen betreiben diese Propaganda, sondern obere Kommandostellen. Flugblätter in alledeutschen Sinne wurden verteilt und in Unterständen und Munitionsfabriken eingeschlagen. Das ist das Mittel, mit dem die Ausklärung betrieben wird. Alle der alledeutschen Propaganda entgegenlaufende Propaganda wird unterdrückt. Die Stimmung der Frontsoldaten ist ganz anders, als man sich vorstellt. Die Presse der unabhängigen Sozialdemokratie wird im Heere und der Marine zu lesen verboten. Strengste Strafen stehen darauf. Wie verhält sich das zu der gestrigen Rede des Reichskanzlers, daß alle politischen Auffassungen propagiert werden dürfen? Es sollte auch das Wort noch gelten: Ich kenne keine Parteien mehr. Vor dem Krieg hatten bei uns die Alldeutschen, ebenso während des Krieges die Macht in den Händen und soweit Deutschland an dem Kriege die Schuld trägt, liegt sie bei den Alldeutschen. (Präsident Dr. Kämpf: Ich kann nicht zulassen, daß Sie im Reichstag davon sprechen, daß die Schuld am Kriege auf deutscher Seite liegt.) Wir haben von jeher die große Gefahr der Alldeutschen erkannt. Will man sie bekämpfen, dann muß man auch die Regierung bekämpfen, die sie beherrscht. Stimmen Sie deshalb für unseren Mißtrauensantrag!

Präsident Dr. Kämpf ruft den Redner nachträglich noch zweimal zur Ordnung.

Reichskanzler Dr. Michaelis:

Vom Abgeordneten Dittmann sind heute die Fragen, die am Samstag und gestern hier und im Anschluß erörtert worden

sind, angegriffen worden. Ich will dem Abgeordneten Dittmann das Gegenteil entgegenhalten: einmal, daß er der letzte ist, der sich das Recht zueignet, über Agitationen in Heer und Marine zu sprechen. (Sehr wahr! rechts.) Der Staatssekretär des Reichsmarineamts wird nachher auf die Anfrage, die der Abg. Dittmann an ihn gerichtet hat, Mitteilungen machen, die die volle Begründung dieses meines Wortes erbringen sollen. Der Abg. Dittmann hat mir das Wort entgegengehalten, daß ich mit voller Objektivität allen Parteien und Richtungen gegenüberstehe will. Er hat aber von Zusatz vergessen, den ich dabei aussprach. Ich habe gesagt: Allen politischen Parteien und Richtungen, sofern sie nicht den Bestand des Deutschen Reiches und des preussischen Staates gefährden. Die Politik der Unabhängigen Sozialdemokratie steht für mich jenseits dieser Linie. (Beifall.)

Ich komme auf die getriggen Verhandlungen zurück. In der Interpellation des Reichstags war die Frage an die Reichsregierung gerichtet, ob mir bekannt sei, daß im Heere Agitationen zugunsten der Vaterlandspartei getrieben werden und die Frage ist nämlich darauf ausgedehnt worden, ob mir bekannt sei, daß von Beamten in unzulässiger Weise für die Vaterlandspartei Propaganda getrieben werden. Was zunächst die Frage, ob im Heere Propaganda getrieben werden sei, anbelangt, so ist getrieben in weitem Umfang vom Herrn Kriegsminister auseinandergesetzt worden, in welcher Weise im Heere Aufklärungsarbeit betrieben worden ist.

Daß die Aufklärung für die Soldaten unbedingt erforderlich ist, daß eine geistige und sittliche Fürsorge für die Soldaten im Felde ein dringendes Bedürfnis ist, das unterschreiben alle, die die Verhältnisse draußen kennen, das erkennen die Soldaten selbst am dankbarsten an. Aber auch die Herren Abgeordneten, die die Soldaten da draußen besucht haben, haben sich von den gegenseitigen Einrichtungen überzeugen können und einen tiefen Eindruck davon gewonnen. (Sehr richtig.) Die ganze Aufklärungsarbeit ist einheitlich organisiert. Es sind uns getrieben von dem Herrn Kriegsminister die Leitfäden mitgeteilt worden. Diese Leitfäden haben bei der Mehrheit der Mitglieder des Ausausschusses die volle Überzeugung geschaffen, daß das, was geplant und geschehen ist, durchaus segensreich ist und sich in dem Rahmen halte, der für derartige einheitliche Organisationen im Heere bestehen muß. Es ist uns getrieben das wichtigste mitgeteilt worden. Ich will heute erneut darauf zurückkommen und nehme Veranlassung, aus diesen Leitfäden die wesentlichsten mitzuteilen. Die wesentlichsten Gebiete der Aufklärung sind nach den Plänen der Obersten Heeresleitung. Die Ursache des Krieges, die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands, (der Reichstagslerer liest die weiteren Thematika der Aufklärung vor). Die Ziele der Aufklärung sollen erreicht werden durch Vorträge, Unterhaltungsabende, Theateraufführungen, auch sind Kinofilme eingerichtet, Feldpredigten, Feldbibliotheken und Feldbuchhandlungen. Diese ganze Organisation ist hinausgetragen bis nach Madagaskar, durch Soldatenheime ist sie gefördert worden, in denen die Feldtruppen draußen einen gewissen Ersatz für die Heimat finden, eine Hilfe, die von jedem draußen anerkannt wird und zu vollem Segen gereicht. Sie danken es der Obersten Heeresleitung, sie danken es allen, die hier im Innern mitarbeiten, und die ganze Organisation und ihre Arbeit bleiben ein Hindegnis zwischen dem Felde und der Heimat. (Sehr richtig.)

Es ist ausdrücklich gesagt und es ist auch durch die Rede der Obersten Heeresleitung ganz besonders scharf betont worden, daß diese ganze Einrichtung mit politischen Fragen nicht in Verbindung gebracht werden soll. Es handelt sich um vaterländischen Unterricht, wie sie ihn auch in Friedenszeiten bei den Truppen pflegte, zur Förderung der Vaterlandsliebe und zur Anreizung selbstloser Tugenden.

Der Kriegsminister hat ohne weiteres zugegeben, daß bei der Aufklärungsarbeit die hinausgeht an Millionen von Soldaten und die getrieben wird von den verschiedensten Leuten, die doch selbstverständlich für diesen Zweck nicht für alle Einzelheiten ausgebildet sind, selbstverständlich gegen die Tendenz, die der Feldmarshall will, dem die Politik nicht hingetragen werden soll, verstoßen wird. Der Kriegsminister hat ausdrücklich erklärt, daß das, was in unzulässiger Weise Politik hineingetragen wird, Remedur geschaffen wird. Es wird darüber gewacht, daß der vaterländische Unterricht nicht zum Mittel politischer Propaganda gemacht wird. Die vorzunehmenden Übergriffe werden geprüft und insbesondere wird nicht gebildet werden, daß Abgeordnete wegen ihrer Stellungnahme zu den Kriegsjahren herabgesetzt oder beleidigt werden. Was die Beamten betrifft, über die auch Klage geführt worden ist, daß sie unzulässigerweise für die Vaterlandspartei Propaganda getrieben haben, so habe ich bereits im allgemeinen meinen Standpunkt auseinandergesetzt. Die Beamten haben das Recht der politischen Meinungsfreiheit. Sie können jeder Partei beitreten unter der Voraussetzung, die ich herein unterstreichen habe, daß sie keine Beiträge leisten, die den Bestand des Deutschen Reiches und des preussischen Staates gefährden. Irrendwilde Mißbräuche in der Richtung, daß Vorgesetzte nachgeordnete Beamten veranlassen, Anschlag an eine bestimmte Partei zu machen, ist unbedingt unzulässig und wir wünschen nicht, daß ein Druck gegen Beamte seitens ihrer Vorgesetzten nach irgend einer politischen Seite hin erfolgt. Diese Vorfälle gehen für alle Parteien. Meine Herren, wenn wir dieses Ziel vereinheitlichen, dann werden wir doch selbstverständlich auf einen gangbaren Weg des gegenseitigen Aufeinanderwirkens kommen. Wir würden sehr viel weiter kommen, wenn auch diejenigen, welche die Friedensumgebung vom 19. Juli bekämpfen und welche von ihr behaupten, daß ihre Anhänger einen Bürgerkrieg wollen, dieser Resolution geneigt würden. (Sehr richtig!) Wir müssen die Ziele, die in dieser Kundgebung liegen, in ihrem positiven Sinne nach ihrer kraftvollen Seite herausarbeiten. Wir müssen uns klar machen, was damit gewollt ist. Das deutsche Volk wird wie ein Mann zusammenstehen, unerschütterlich ausharren und kämpfen, bis sein und seiner Verbündeten Recht auf Leben und Entwicklung gesichert ist. In seiner Einigkeit ist das Deutsche Reich unüberwindlich. Ich habe mit Zustimmung des Reichstages an demselben Tage die Ziele nach der Richtung umschrieben, daß ich sagte: Wir müssen weiter ausharren, bis erreicht ist, daß das Deutsche Reich auf dem Kontinent und über See seine Geltung behält. Wir müssen ferner danach streben, daß der Waffenbund unserer Gegner nicht zu einem wirtschaftlichen Zerbruch sich auswidert. Meine Herren, wir können in diesem Sinne einen Frieden durchsetzen, der dem Vaterland den Lohn seiner Scholle gewährt, der dem Arbeiter Lohn und Verdienst gibt und der der Industrie Ablass verschafft und die Grundlagen sozialen Aufschwunges gibt, der unseren Schiffen die Möglichkeit gibt, auf freier Fahrt anzulegen und Kohlen zu nehmen in aller Welt, einen Frieden weite wirtschaftlicher und kultureller Entwicklung, einen wirklichen Frieden, den können wir erreichen in diesem Rahmen. (Beifall.) Solange uns die Gegner mit Forderungen gegenüberstellen, die jedem einzelnen Deutschen als unannehmbar erscheinen, solange unsere Gegner an den schwarz-weiß-roten Fäden rütteln wollen, solange sie fordern, daß wir von deutschem Land etwas geben sollen, solange sie den Gedanken verfolgen,

zwischen das deutsche Volk und seinen Kaiser zu treiben, solange werden wir unsere Friedenshand zurückhalten und mit verfahrenen Armen abwarten. Wir können warten, die Zeit läuft für uns, (Beifall) bis unsere Feinde einsehen, daß sie diese ihre Forderungen zurückstellen müssen. Solange müssen die Komonen ihre Arbeit tun und die U-Boote. Unser Friede wird doch kommen. (Beifall.)

Staatssekretär des Reichsmarineamts von Capelle:

Die Tatsache, daß die russische Revolution in einigen wenigen Leuten an Bord revolutionäre Ideen großgezogen und bei ihnen wahnwitzige Pläne erzeugt hat, ist nicht zu leugnen. So hatten sie Pläne, auf allen Schiffen Vertauenmänner zu werden und die ganze Mannschaft der Flotte zur Gehorsamsverweigerung zu bringen (Hört, hört!), um auf diese Weise, eben! unter Anwendung von Gewalt, die Flotte in die Hände zu legen und den Frieden zu erzwingen. (Stürmische Pfuirufe.) Es ist eine Tatsache, daß diese Leute Beziehungen zur unabhängigen sozialistischen Partei hatten. (Großer Lärm, Pfuirufe, Rufe: Unerhört!) Es steht außer Frage, daß der Hauptagitator hier im Reichstags im Fraktionszimmer der unabhängigen Sozialisten der Abg. Dittmann, Haase und Vogther seine Pläne vorgetragen und Billigung gefunden hat. (Erneuter großer Lärm, Pfuirufe), daß er auf die Gefahren des Unternehmens hingewiesen hat und zur größten Vorsicht gemahnt worden ist, daß er aber ihre volle Unterstützung zur Übermittlung von Agitationsmaterial zugesagt erhielt. (Pfuirufe.) Dieser Agitation gegenüber war es meine erste Pflicht, den Vertrieb des Agitationsmaterials unmöglich zu machen. (Bravo.) Ich habe selbst die zuständigen Kommandostellen ersucht, die Verteilung dieses Materials mit allen Mitteln zu verhindern. (Stürmische Pfuirufe.) Einige ehr- und pflichtberge Leute haben sich schwer vergangen und sind der verdienten Strafe zugeführt worden. Trotzdem will ich vor der offenen Reichstagstribüne sagen, daß die umlaufenden Gerüchte, die natürlich auch mir hinterbracht worden sind, maßlos übertrieben sind. Die Schlagfertigkeit der Flotte ist auch nicht einen Moment in Frage gestellt worden. (Beifall.) (Stürmischer Beifall und langanhaltende Unruhe.)

Was droht dem deutschen Bauern?

Das, was dem ganzen deutschen Volke droht, wenn es nicht einmütig zusammenhält, wenn es sich nicht darin einigt, daß es seine Heimat mit allen Mitteln verteidigen muß: Verlust seiner Heimat, der Scholle, die er von seinen Vätern ererbt hat, für die und auf der er Jahre und Jahre im Schwitze seines Angesichts gearbeitet hat. Verlust und Verwüstung! Und dem allen kann er entgegen, wenn er jetzt hilft, die Kraft des deutschen Volkes zu stärken, wenn er Kriegsanleihe zeichnet.

Abg. David (Soz.): Diesen schweren Anlagen gegenüber müssen wir Zurückhaltung üben und zunächst die Angeklagten hören. Sind Handlungen nachweisbar, die gegen die Gesetze verstoßen, so müssen Bestrafungen eintreten. Wir billigen jeder Partei, auch den Unpolitischen, Bewegungsfreiheit zu, nur darf ihrer Agitation kein befehlender oder militärischer Charakter verliehen werden. Man fordert den Reichstagslerer zum Staatsstreik gegen die Anhänger des Verbandsfriedens auf. Wer trägt die Verantwortung dafür, daß die Einheit des Volkes zerfallen wird? Die Vaterlandspartei ist weiter nichts, als der Rahmen für die Agitation für die kommende Reichstagswahl. Sie ist eine ungesetzliche Partei der oberen Schichten. Die Friedensrevolution hat im Ausland gewaltig gewirkt. Die Vaterlandspartei ist aber nichts als eine Hilfstruppe der feindlichen Kriegsheer. Wenn alle die Überzeugung haben, daß seitens Deutschlands und seiner Verbündeten alles geschieht, um der Menschheit den heißersehnten Frieden zu bringen, dann haben wir die Kraft, auch die Schwere eines vierzehnten Kriegswinters durchzuhalten. Die Unpolitischen wollen auch die preussische Bahreform durchführen, der Feldgrau auch lehrte solche Beschreibungen für die Zukunft ab. Er will sie sofort haben. Zur politischen Aufklärung sind die Parteien, die Landtage und der Reichstag da, dazu bedarf es keiner militärischen Organisation. Wir müssen das ganze Aufklärungsmaterial prüfen. Was wir fordern, ist die Aufhebung der ganzen Organisation. Frei wollen wir Deutschland wissen von auswärtiger Knechtung, frei aber auch von Knechtung im Innern. (Beifall links.)

Die nächsten Redner gehen auf das Zusammenwirken von Mitgliedern der unabhängigen sozialdemokratischen Fraktion mit Matrosen der deutschen Kriegsmarine ein.

Abg. Haase (U. Soz.): Ich habe mit dem Matrosen, von dem Staatssekretär von Capelle vorhin sprach, im Fraktionszimmer gesprochen. Das ist nicht Absonderliches. Der Staatssekretär soll uns erst das Material vorlegen. Er hat aber keines. Wiederholt haben mich Soldaten und Matrosen aufgeführt und über Mißstände gesagt. Der Matrose klagte über den Mangel an geistiger Anregung. Viele haben deswegen auf die Presse der unabhängigen Sozialdemokratie abonniert. Sie fordern Zusammenkünfte an Land, um politische Unterhaltung zu pflegen. Deshalb ist ihnen Literatur erwünscht. Jetzt werden diese Unterhaltungen sogar amtlich mit Hochdruck betrieben. Ich habe den Matrosen darauf hingewiesen, daß dies durchaus erlaubt sei. Dieser Matrose hat den besten Eindruck auf mich gemacht. Auf das tiefste war ich erschüttert, als ich hörte, daß er wegen Befolgung seiner politischen Ideale den Tod hat erlitten müssen. (Hört, hört! Bewegung.) Hier und anderwärts hat man vielfach Sympathie und Vereinerung für die russische Revolution gezeigt, dieses große Ereignis des Jahres. Der Zweck der Äußerungen des Staatssekretärs liegt klar zutage: Es kommt ihm darauf an, das rote Tuch zu säuwigen, um die anderen Parteien zu einem festen Block zusammenzubringen gegen uns, die wir das große Feind des Krieges vorausgesetzt haben.

Abg. Vogther (U. Soz.): Auch ich habe mit dem Matrosen wiederholt verhandelt. Er hat von mir politisches Material bekommen. Durch die Silberung des Staatssekretärs wurde fälschlich der Anschein erweckt, als ob der Plan zur Agitation von uns ausgegangen wäre.

Abg. Dittmann (U. Soz.): Deshalb ist nicht längst gegen uns Anklage erhoben worden? Man will nur Stimmung gegen uns machen.

Staatssekretär von Capelle:

Ich habe ausdrücklich festgestellt, daß der Matrose die Angelegenheit aufgeführt und ihnen keine Pläne vorgelegt hat. Aus den Gerüchten geht hervor, daß die Abgeordneten sich von den Plänen erfuhren und begünstigt gezeigt haben. Es ist dem Matrosen gesagt worden, er solle nur so weiter machen, ihre Unterstützung würde er finden (Hört, hört!), er

solle aber Vorsicht üben. Sie haben ihn auch auf das Strafbar der Handlung aufmerksam gemacht. (Große Unruhe.)

Abg. Trimbora (Ztr.): Der Reichstagslerer hat sich Hipp und klar zur Resolution vom 19. Juli bekannt. Wir fordern, daß, wenn der Verdacht des Hoch- oder Landesverrats gegen Abgeordnete besteht, mit aller Strenge des Gesetzes gegen sie vorgegangen wird. Agitation der vorbezogenen Art muß mit allen Mitteln von Heer und Flotte ferngehalten werden. Verfehlungen einzelner dürfen aber nicht der ganzen Fraktion vorgeworfen werden.

Abg. Kreth (Konf.): Die Abgeordneten sollten die Aufhebung der Immunität betreiben und gegen sich das Strafverfahren herbeiführen, damit festgestellt wird, was an der ungeheuren Beschuldigung wahr ist und damit nicht der Eindruck erweckt wird, als ob im deutschen Reichstag Hochverräter sind, die mithelfen, die deutsche Flotte dem Feinde auszuliefern. Wenn es nach dem Wunsche der Sozialdemokratie ginge, wäre das Ende das Chaos. Die Engländer und Franzosen werden erst dem Frieden geneigt sein, wenn sie nicht weiter können.

Abg. Ebert (Soz.): Mit so schweren Anlagen hätte man so plötzlich nur hervortreten sollen, wenn absolut einwandfrei in sich abgeschlossenes Material vorhanden ist. Nach dem vom Staatssekretär vorgelegten Material sind die Anlagen aber ungerichtet. Daß die Regierung hier einen Teil des Volkes außerhalb des Rechts zu stellen versucht, ist ein Mißfall in der Ausnahmegebung. Eine solche Regierung werden wir mit dem Aufgebot aller Kräfte bekämpfen.

Abg. Stresemann (natl.): Wenn die Anschuldigungen des Staatssekretärs zutreffen, so bietet das Gesetz die Möglichkeit, vorzugehen.

Abg. Naumann (F. Vp.): Es ist kläglich, wenn wir sehen, daß eine Regierung vorhanden ist, die aus diesem Fall eine Waffe im politischen Kampf zu schmieden versucht. Der Reichsanwalt hat an den Reichstag keine Forderung gestellt, also wird in seinen Akten nichts sein, was in den Ausführungen des Staatssekretärs als vorhanden vorausgesetzt ist. Die Politik der Unabhängigen gefällt uns wahrhaftig nicht, aber wir sind jetzt genötigt, für diese Partei einzutreten. (Widerpruch rechts.) Eine ganze Partei kann man seit dem 4. August 1914 nicht außerhalb unseres Volksverbandes stellen, wie es der Reichstagslerer tat. Die Einsetzung eines parlamentarischen Prüfungsausschusses wäre nötig, um diesen ganzen Fall in seinem Verlauf bis zur heutigen beklagenswerten Stunde nochmals durchzugehen. Höchst beklagenswert ist, daß Großadmiral von Tirpitz diesen Weg der Vaterlandspartei gegangen ist. Früher gab es eine Regierung Bethmann und eine Regierung Tirpitz nebeneinander, jetzt eine Bewegung Tirpitz gegen die Mehrheit der Volksvertretung. Daß die Resolution der Reichstagsmehrheit nicht ohne Einfluß geblieben ist, beweisen die Beschlüsse der Arbeiterschaft in England und Italien.

Reichskanzler Dr. Michaelis:

Die Vorgänge in Wilhelmshaven bebauern wir auf das lebhafteste, die schwersten Strafen waren aber geboten. Es wurden auch Zettel verteilt, mit der Aufforderung zum Anschluß an die unabhängige Sozialdemokratie und Agitation auf den Kriegsschiffen betrieben. Meinen Worten über das objektive Gegenüberstehen aller Parteien gegenüber habe ich hinzuzufügen, daß die Agitation des Reiches und des Staates nicht gefährden dürfte. In diesem Sinne habe ich mich gegen die unabhängige Sozialdemokratie gewandt. Wo habe ich gesagt, daß diese deshalb außerhalb des Rechts zu stellen sei? (Unruhe.) Die Behörden sind dafür verantwortlich, daß die Truppen leistungsfähig bleiben, daß unsere Marine nicht zur Gehorsamsverweigerung gebracht wird. Es war meine Pflicht, zu handeln, wie ich gehandelt habe. Für eine exceptionnelle Gefekgebung habe ich nicht gesprochen. Mißfaul an dem Vorkommnis, das gerechte Verteilung fand, sind diese Flugblätter. Schwer mußte die Strafe sein, es handelte sich um alles. Der Widerstand mußte gebrochen werden. Es war ein kritischer Augenblick. Der Grund lag darin, daß die Leute falsch beraten waren, daß sie zum Treubruch gebracht wurden.

Abg. Mertin (D. F.): Allein ein strafrechtliches Verfahren kann Klarheit schaffen. Die angeschuldigten Abgeordneten halten den Schuß der Immunität doch wohl für das sicherste. (Lärm links, Abg. Haase ruft: Sie sind ein Schurke!) Der Präsident ruft den Abg. Haase zur Ordnung.

Abg. Haase (U. Soz.): Das Material des Staatssekretärs hat nichts gegen Dittmann, Vogther oder mich vorgebracht. Ein verurteiltes Mitglied haben die Zensur passiert. Bei der entferntesten Möglichkeit, uns zu fassen, wäre längst ein Verfahren gegen uns eröffnet worden. Ein schweres Unrecht gegen die Angeklagten war es, daß wir nicht als Zeugen geladen sind.

Reichskanzler Dr. Michaelis:

Die beiden Männer sind von einem selbständigen Gericht abgeurteilt worden. Wer als Zeuge vernommen werden soll, entscheidet nicht der Reichskanzler, oder der Staatssekretär, sondern das Gericht. Ich muß dagegen Einspruch erheben, daß der Abg. Haase gesagt hat, es wäre über den Verlehrs zwischen ihm und den beiden Beurteilten absolut nichts erwiesen, was nur den Schatten einer Schuld auf ihn oder seine Partei werfe. Die beiden Beurteilten haben als Mißstäter dafür agitiert, daß man den Gehorsam verweigere. Mit dieser Schuld im Herzen ist der eine Matrose hierhergefahren und hat sich weiteres Material erbeutet. (Große Unruhe.) Das ist ihm gegeben worden. Nur diesen Tatbestand hat Staatssekretär von Capelle festgelegt.

Abg. Dittmann (U. Soz.): Ich hatte keinen Anlaß, das Material, das ich in Hunderten von Fällen an Soldaten, Matrosen und Zivilpersonen abgegeben habe, zu verweigern. Zur Vorsicht mahnte ich bloß, weil nicht alle Stellen sich die Kaiserworte zu eigen gemacht haben.

Abg. Graf Westarp (Konf.): Der Reichstag wäre geneigt, die Immunität in diesem Falle aufzuheben. Die Beurteilten haben das schwerste Verbrechen, den Landesverrat, geübt. Damit schließt die Aussprache.

Der Antrag der unabhängigen Sozialdemokraten, wonach die Regierungserklärung als nicht genügend erachtet werden soll, wird gegen die Stimmen der beiden sozialdemokratischen Fraktionen abgelehnt.

Es folgt der

Vericht des Hauptauschusses über die auswärtige Politik.

Abg. Lehrenbach (Ztr.): Unseren gewaltigen militärischen Erfolgen stehen wirtschaftliche Schwierigkeiten gegenüber. Unsere Friedensrevolution kann vom Auslande nicht als Zeichen der Schwäche hingestellt werden. Dem Papst schadet die ganze Welt für seine rote Lanze. Das deutsche Volk schließt sich ihm ohne Unterschied der Konfession an. Es hat Vorbringen ist und bleibt deutsches Land. Gegen die Nennung Belgiens darf nichts eingewendet werden. Vorbedingung für die Nennung der besetzten Gebiete durch die Mittelmächte ist die Nennung der von der Entente besetzten Gebiete, auch in den Kolonien, und die Befestigung jeder Vorherrschaft auf der See. Eine neue Friedensumgebung des Reichstages, ein weiteres Friedensangebot der Reichsregierung erfolgt nicht. Wir können durchhalten im Felde und im Hinterlande. Ein einiges Deutschland kann nicht besiegt werden. Der Kaiser

hat dem Zaren geraten, dem russischen Volke das Recht zu geben, mitzusprechen über Krieg und Frieden, so muß er es auch dem eigenen Volke zubilligen.

Staatssekretär von Kühlmann:

Der Abbruch der diplomatischen Beziehungen Perus zu uns ist nur noch eine Frage kurzer Zeit. Peru verlangt von uns Genugtuung und Schadenersatz für einen rechtmäßig verdienten Segler, ohne Preisgerichtsverhandlung. Neugut will ohne jeden Grund die diplomatischen Beziehungen zu uns abbrechen. Gegenüber diesen unerfreulichen Tatsachen kann gesagt werden, daß das Kohlen- und Kreditabkommen mit Holland unmittelbar vor dem Abschluß steht. (Bravo.)

Die Annäherung der Völker hat nach der Beantwortung der Papstnote einen Fortschritt leider nicht gemacht. Die Kundgebungen der verantwortlichen Staatsmänner der Entente lassen erkennen, daß sie nicht geneigt sind, den hochherzigen Anregungen des Papstes zu folgen. Graf Czernin hat nicht nur aufs neue die Bereitwilligkeit der Centralmächte betont, sondern darüber hinaus Hinweise auf die Grundlinien gemacht, auf denen vielleicht einmal das neue Europa aufgebaut werden könne.

Churchill meint, nur eine dünne Mauer trenne uns vom Zusammenbruch. Vom Kattenloch in der Nordsee bis zum Yfongo steht eine recht dicke Mauer des deutschen Volkes mit dem eisernen Willen. Wenn er auf deren Zusammenbruch warten will, muß er sich in Geduld fassen. (Sehr gut.)

England hat sich Frankreich gegenüber verpflichtet, mit seiner ganzen Kraft für die Rückgabe Elsass-Lothringens einzutreten, so lange Frankreich selbst an dieser Forderung festhält. Auf die Frage: „Kann Deutschland in Bezug auf Elsass-Lothringen irgendwelche Zugeständnisse machen?“ haben wir nur eine Antwort: Nein, niemals. (Stürmisches Bravo.) Es ist das Schicksal deutscher Einheit. Wir setzen nicht für phantastische Eroberungen, sondern für die Unversehrtheit des Deutschen Reiches.

Die Friedensziele der Entente sind ein utopisches Eroberungsprogramm, das nur durchgeführt werden kann nach der Niederwerfung Deutschlands und aller seiner Verbündeten. Unsere Politik ist dagegen real und nüchtern. Die Antwort auf die Papstnote läßt keinen Zweifel über unsere Kriegslage bestehen. (Bravo.) An der deutschen Verdüsterung ist es, unserer auswärtigen Politik Nachdruck zu verleihen, zum Siege und Frieden. (Lebhafter Beifall.)

Hg. Dr. Grabnauer (Soz.): England ist nicht zum Frieden bereit. Davon hängt alles ab. Die Feinde wollen Österreichs Auflösung; das müßte Rückschläge auf Deutschland auslösen. Nehmen die Feinde unsere Angebote ab, so bleibt nichts anderes übrig, als auszuweichen. Rußland ist ganz in Englands Hand. Der weiteren Tätigkeit des Herrn von Kühlmann sehen wir voller Hoffnung entgegen. Rußland, Böhmen und Polen müssen Herren des eigenen Hauses sein, aber nur nach Verständigung mit Rußland. Aus diesem Kriege muß ein neues Europa herauskommen.

Die Weiterberatung wird auf Mittwoch 10 Uhr verlagert. Außer dem Rest der heutigen Tagesordnung: Vereinfachung der Rechtspflege, soziale Fragen. Schluß nach 7 Uhr.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 10. Oktober.

„Aufgefundenes Geld.“ Es wurde aufgefunden: am 31. August im Zug 941 ein Geldbeutel mit 724 M., abgeliefert in Karlsruhe; am 31. August auf dem Bahnhof in Baden-Dos eine Zigarettenpackung mit 8 M.; am 2. September im Zug 1413 eine Handtasche mit 251 M., abgeliefert in Donaueschingen; am 2. September auf dem Bahnhof in Grüningen der Betrag von 5 M.; am 2. September auf dem Bahnhof in Freiburg-Bühre ein Geldbeutel mit 481 M.; am 2. September im Zug 677 eine Handtasche mit 785 M., abgeliefert in Adolphzell; am 3. September auf dem Bahnhof in Weisstadt der Betrag von 3 M.; am 3. September auf dem Bahnhof in Karlsruhe der Betrag von 5 M.; am 5. September im Zug 28 eine Handtasche mit 62,14 M., abgeliefert in Karlsruhe; am 5. September im Zug 156 eine Handtasche mit 11,87 M., abgeliefert in Karlsruhe; am 7. September auf dem Bahnhof in St. Georgen i. S. ein Geldbeutel mit 2,55 M.; am 8. September auf dem Bahnhof in Herbolzheim ein Geldbeutel mit 6,66 M.; am 8. September auf dem Bahnhof in Baden-Dos ein Rappchen mit 124 M.; am 9. September auf dem Bahnhof in Heidelberg ein Geldbeutel mit 16,02 M.; am 10. September im Zug 1237 ein Geldbeutel mit 4,41 M., abgeliefert in Enzberg; am 10. September auf dem Bahnhof in Freiburg ein Geldbeutel mit 15,85 M.; am 11. September im Zug 9 der Bruchsal-Hilshaberger Bahn ein Geldbeutel mit 8,70 M., abgeliefert in Bruchsal; am 11. September auf dem Bahnhof in Titisee ein Geldbeutel mit 5 M.; am 14. September im Zug 1593 ein Geldbeutel mit 4,68 M., abgeliefert in Billingen; am 14. September im Zug 6082 ein Geldbeutel mit 14,21 M., abgeliefert in Singen, Hohentwiel; am 15. September auf dem Bahnhof in Freiburg ein Geldbeutel mit 2,89 M.; am 17. September im Zug 214 ein Geldbeutel mit 2,50 M., abgeliefert in Pforzheim; am 18. September im Zug 1560 ein Geldbeutel mit 16,60 M., abgeliefert in Freiburg.

Baden, 9. Okt. Nach langem und schwerem Leiden ist gestern abend der Ehrenbürger der Stadt Baden-Baden, Hermann Gielden, gestorben. Mit ihm hat die Stadt Baden einen ihrer besten Bürger verloren, der seine schönste Aufgabe darin sah, seinen großen Reichtum gemeinnützig und wohlthätigen Zwecken dienlich zu machen. Sein Name wurde vor allem bekannt durch seine großzügigen Stiftungen, so durch die Einmillionenstiftung, welche er der Großherzogin Luise zu ihrem Geburtstag am 3. Dezember 1916 zur Verfügung stellte, und die der Förderung der Kriegsfürsorge gilt, ferner durch die Stiftung eines Wöchnerinnenasyls und der herrlichen, an der Dos gelegenen Gärtnereianlage. Hunderttausende von Karlsruhalern die städtische Kriegshilfskasse und unzahlbar sind alle jene Baden, die den Armen, den Wohlthätigkeitsanstalten und Vereinen ausstießen.

Wengensack, 9. Okt. Die hiesige Stadtgemeinde zeichnet bei der 7. Kriegsanleihe den Betrag von 80 000 M.

Neueste Drahtnachrichten.

W.I.W. Großes Hauptquartier, 10. Okt. vormittags. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Auf dem Schlachtfeld in Flandern trafen gestern neben elf britischen Divisionen wieder französische Truppen in den Kampf. Die gewaltige Kraftanstrengung der beiden verbündeten Westmächte erschöpfte sich in tagsüber während dem Ringen an der Standhaftigkeit unserer Flandernkämpfer.

Die morgens nach stärkstem Trommelfeuer vorbereiteten Angriffe bildeten die Einleitung zur Schlacht, die bei ununterbrochen heftigster Artilleriewirkung bis in die Nacht etwa 20 Kilometer breit auf dem Trichterfelde zwischen Bizshoote und Gheluvelt sich abspielte. Der Gegner warf immer neue Truppen in den Kampf, die mehrmals an einzelnen Stellen bis zu sechsmal gegen unsere Linien anstürmten.

Südlich des Houthouster Waldes gewann der Feind bei Driehant, Beldhoel und am Bahnhof von Boelcapelle etwa 1500 Meter an Boden, bis ihn der Gegenstoß unserer Reserven traf und seine anfänglichen Erfolge beschränkte.

Von Boelcapelle bis südlich von Gheluvelt haben unsere tapferen Truppen ihre Kampflinie fest in der Hand. Die wiederholten feindlichen Angriffe gegen diese 13 Kilometer breite Front sind sämtlich unter den schwersten Verlusten zusammengebrochen.

Bei den anderen Armeen war die Gefechtsintensität gering, nur an der Aisne verstärkte sich der Feuerkampf. Südlich der Straße Laon-Soissons vorstoßende französische Kompagnien wurden abgewiesen.

Südlicher Kriegsschauplatz.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Mazedonische Front.

Südwestlich des Doiransees warfen die Bulgaren mehrere englische Abteilungen, die nach längerer Artillerievorbereitung angriffen, zurück.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Verantwortlich für den Staatsanzeiger und den redaktionellen Teil: Hauptschriftleiter G. A. Menz in Karlsruhe. Druck und Verlag: G. Braun'sche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Am 6. ds. verschied der Vorsitzende unseres Aufsichtsrats
Herr Geh. Kommerzienrat
Viktor Lenel
Der Entschlafene hat seit dem Jahre 1876 dem Aufsichtsrat unserer Gesellschaft als Mitglied angehört, seit dem Jahre 1909 als dessen Vorsitzender.
Als treuer Freund und Berater hat er sein reiches Wissen und seine große Erfahrung der Förderung unserer Bank gewidmet.
Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.
Mannheim, Karlsruhe, 8. Oktober 1917.
Aufsichtsrat und Vorstand
der Badischen Bank.

Die Trauerfeier und daran anschließend die Feuerbestattung des verstorbenen
Herrn Hermann Gielden
findet am Donnerstag, den 11. Oktober, nachmittags
1/4 Uhr, statt (nicht 1/5 Uhr).
Baden-Baden, den 10. Oktober 1917.
E.380

Akten u. Makulatur zum Einstampfen
zu kaufen gesucht.
Kunstbaumwollfabrik Munderkingen,
Munderkingen a. D. E. 384.

Verein zum Betrieb einer Heil- und Pflegeanstalt für Epileptische im Großherzogtum Baden.
Gemäß § 4 unserer Statuten laden wir hiermit die Mitglieder unseres Vereins zu einer am Montag, den 15. d. M., nachmittags 1/4 Uhr, im Anstaltsgebäude zu Karlsruh stattfindenden Mitgliederversammlung zusammen.
Tagesordnung:
1. Abhör der Jahresrechnung für 1916 und Genehmigung des Voranschlags für 1917.
2. Aufnahme des Darlehens für Einrichtung des landwirtschaftlichen Betriebs.
Der Vorsitzende des Landesauschusses:
gez. Th. Koch, Direktor.

Schreibmaschinen
auch defekt, gesucht!
Preis und event. Schriftprobe an
Lehmann, Hornau (Hann.)

Tierärztlicher Verein.
Sprechstunden:
Mi. u. Sa. 11.50 bis 12.15 Uhr.
Geschäftszimmer: Sofienstr. 26.
Mitglieder-Versammlung:
Jed. zweiten Mittwoch i. Monat i. d. „Vier Jahreszeiten“, Gehelstr. 21.

Bürgerliche Rechtspflege a. Streitige Gerichtsbarkeit.
Aufgebt.
E.321.21. Offenburg. Die Landwirt Reinhard Scheer Ehefrau Theresia geborene Winter in Karlsruh hat beantragt, den verstorbenen, am 28. Januar 1865 in Karlsruh geborenen, zuletzt dort wohnhaften, im September 1891 nach Amerika ausgewanderten Sohn der Antonghallerin, Ignaz Scheer für tot zu erklären.
Der bezeichneter Verstorbenen wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf:
Montag, 27. Mai 1918, vormittags 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht — Amtsgericht Offenburg — ambeiräumen Aufgebotsstermine zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird.
An alle, welche Auskunft über Leben oder Tod des Verstorbenen zu erteilen vermögen, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotsstermine dem Gericht Anzeige zu machen.
Offenburg, 6. Okt. 1917.
Groß. Amtsgericht I.

Ratfahrener-Gehilfe gesucht.
Die Gemeinde Friedriehsfeld (Baden) sucht einen Ratfahrener-Gehilfen.
Bewerberinnen wollen unter Anschlag von Zeugnissen und Angabe der Gehaltsansprüche schriftlich an das diesseitige Bürgermeistereiamt gerichtet werden.
E.384.21
Deffouf.

Verschied. Bekanntmachungen
Öffentliche Versteigerung gegen Barzahlung: E.902
Fundsachen vom 2. Vierteljahr 1917 und unbestehbare Frachtgüter, darunter Kinderbadewannen, Wuttier- und sonstige Haushaltungsmaschinen, 13 Ballen Tabak, 1 Handnähschneidemaschine, 13 Milchkannen, 2 Helmschachteln mit Helmen, 1 Offiziersbeleg, 1 Grimmermuff, 1 eiserne Drehbank, 1 Sad Birkenhölzer, 1 Separator, am Freitag, den 12. Oktober l. J., vormittags 8 Uhr und nachmittags 2 Uhr beginnend, in der Eprekugallstraße Karlsruh Hauptbahnhof. Die besonders genannten Gegenstände werden von 10 Uhr mittags an ausgeteilt.
Karlsruh, 5. Okt. 1917.
Rechnungsbureau
Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.

Öffentliche Versteigerung gegen Barzahlung: E.902
Fundsachen vom 2. Vierteljahr 1917 und unbestehbare Frachtgüter, darunter Kinderbadewannen, Wuttier- und sonstige Haushaltungsmaschinen, 13 Ballen Tabak, 1 Handnähschneidemaschine, 13 Milchkannen, 2 Helmschachteln mit Helmen, 1 Offiziersbeleg, 1 Grimmermuff, 1 eiserne Drehbank, 1 Sad Birkenhölzer, 1 Separator, am Freitag, den 12. Oktober l. J., vormittags 8 Uhr und nachmittags 2 Uhr beginnend, in der Eprekugallstraße Karlsruh Hauptbahnhof. Die besonders genannten Gegenstände werden von 10 Uhr mittags an ausgeteilt.
Karlsruh, 5. Okt. 1917.
Rechnungsbureau
Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.

Zentral-Güterrechts-Register für d. Großherzogtum Baden
Karlsruh. E.893
In das Güterrechtsregister ist zu Band IX, Seite 185, eingetragen: Just. Joseph Blechermeister, Karlsruh, und Anna Krause Witwe geb. Neumann, Vertrag vom 25. September 1917. Erziehungsgemeinschaft mit Verbehaltsgut der Frau.
Karlsruh, 5. Okt. 1917.
Großh. Amtsgericht B 2.
Lörrach. E.910
Güterrechtsregisterertrag Band II, Seite 91: Kelsch, Hermann, Färber in Lörrach, und Luise geb. Bär, Vertrag vom 29. Sept. 1917. Gütertrennung.
Lörrach, 4. Okt. 1917.
Großh. Amtsgericht.